

Die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen im Spiegel der Presse 2007

(zusammengestellt von Zeitgeschichte-online, Stand: 6. Dezember 2007)

06.12.07 Welt online

ap/hq

Nach Kaczynski: Polens künftiger Premier für Vertriebenen-Zentrum

Mit Donald Tusk soll sich das Verhältnis zu Deutschland deutlich bessern. Sogar das bisher umstrittene Dokumentationszentrum findet jetzt Zustimmung. Nur bei der Besetzung des Beirats hat Tusk Einwände – ihn stört eine ganz bestimmte Funktionärin

http://www.welt.de/politik/article1336050/Polens_kuenftiger_Premier_fuer_Vertriebenen-Zentrum.html

Der designierte polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat das geplante Dokumentationszentrum gegen Flucht und Vertreibung in Deutschland grundsätzlich gut geheißen. "Ein angemessenes Gedenken an die Vertriebenen wird auf Zustimmung meiner Regierung treffen", sagte Tusk. Das Zentrum müsse auf der "historischen Wahrheit" beruhen, forderte er. Den Forderungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) erteilte er dagegen eine klare Absage. Sollte das Projekt von deren Vorsitzender Erika Steinbach geleitet werden, werde Warschau es nicht akzeptieren.

Tusk [...] will nach eigenen Angaben das Verhältnis zu Deutschland verbessern und das gegenseitige Vertrauen stärken. Er wolle die Beziehungen auf das Niveau von Anfang der 90er Jahre anheben, "als Verträge unterzeichnet und symbolische Treffen veranstaltet wurden", sagte der künftige Ministerpräsident unter Anspielung auf Zusammenkünfte zwischen den damaligen Regierungschefs Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki.

Den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) kritisierte Tusk wegen der umstrittenen Ostseepipeline [...]. Diese "Hinterlassenschaft Schröders" werde zu einem ernsthaften Problem nicht nur für Polen, sondern auch für Deutschland. Das Projekt sei schlecht vorbereitet, und er hoffe auf baldige wesentliche Änderungen, sagte der designierte Regierungschef [...].

03.12.07 Welt online

Paul Flückiger im Interview mit Bogdan Zdrojewski

Polnischer Kulturminister: "Erika Steinbach hat eine absurde Größe in Polen". Polnische und deutsche Historiker hätten das Zentrum für Vertreibungen gemeinsam bauen sollen. Statt dessen sei es ein Projekt der deutschen Politik, kritisiert der polnische Kulturminister Bogdan Zdrojewski. Mit Welt online sprach er über Vertriebene, Beutekunst und Erika Steinbach

http://www.welt.de/politik/article1425386/Erika_Steinbach_hat_eine_absurde_Groesse_in_Polen.html

03.12.07 Der Tagesspiegel

S. 4

dpa

Giordano kündigt Vertriebenen die Unterstützung auf

25.11.07 **Der Tagesspiegel** **S. 16**
Dieter A. Wortmann und Friedbert Pflüger
Gehört ein Zentrum gegen Vertreibungen wirklich nach Berlin? Zur Diskussion über den Standort eines Zentrums gegen Vertreibungen

19.11.07 **Der Spiegel** **S. 60f.**
Jan Friedmann
Beharrlich und provokant. Der trickreiche Kampf der Lobbyistin Erika Steinbach um einen zentralen Gedenkort zu Flucht und Vertreibung in Berlin

18.11.07 **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** **S. 8**
Reinhard Olt
Dokumente der Schande. Budapest gedenkt der Vertreibung der Ungarndeutschen

14.11.07 **Der Tagesspiegel** **S. 10**
za
Gedenken mit Bedenken. Der Streit um ein Vertriebenenzentrum hat jetzt auch die Landespolitik erreicht

14.11.07 **Der Tagesspiegel** **S. 10**
Friedbert Pflüger
Pro: Das Zentrum gegen Vertreibungen gehört nach Berlin

14.11.07 **Der Tagesspiegel** **S. 10**
Michael Müller
Contra: Es kann nur ein europäisches Gedenken geben

12.11.07 **Der Tagesspiegel** **S. 8**
Sebastian Bickerich
Porträt: Wladyslaw Bartoszewski, Ex-Außenminister Polens: „Das sind doch alles Amateure“

06.11.07 **Der Tagesspiegel** **S. 8**
za
Berliner SPD vermisst sensible Töne. Kritik am Zentrum gegen Vertreibungen

04.11.07 **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** **S. 6**
Reinhard Müller, Richard Wagner und Volker Zastrow – Interview mit Erika Steinbach

„Es gibt die Sehnsucht nach Mitgefühl und Verständnis“ Vertriebenen-Vorsitzende Erika Steinbach über das vorgesehene Zentrum, deutsche Identität und Wolfgang Thierses DDR-Sozialisierung

11/2007 konkret S. 34f.

Erich Später

Deutschlands Stoßtrupp. Vor fünfzig Jahren wurde in Berlin der „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV) gegründet. Ein Blick zurück auf eine NS-Nachfolgeorganisation

31.10.07 Die Zeit Nr. 45 S. 11

Gunter Hofmann

Zu deutsch gedacht. Berlin plant ein Zentrum gegen Vertreibung – im Alleingang. Leider hat es keiner für nötig befunden, sich mit Polen abzusprechen

31.10.07 Der Tagesspiegel S. 1

Hermann Rudolph

Vertreibungszentrum. Die ganze Geschichte

31.10.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 1 f.

Peter Carstens

Erika Steinbach ist beinahe am Ziel. Der Bund der Vertriebenen wird am geplanten Zentrum wohl beteiligt

30.10.07 Der Tagesspiegel S. 4

Knut Krohn

Der Ton wird leiser. Polen: Gedenkstätte gegen Vertreibung denkbar

29.10.07 Frankfurter Rundschau

dpa

Streit um Steinbach

Die SPD will Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach aus dem geplanten Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin heraushalten und riskiert dafür Streit in der großen Koalition. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sprach sich strikt dagegen aus, dass die CDU-Politikerin einen Sitz in den Gremien des neuen Dokumentationszentrums bekommt. [...] Unterstützung erhielt Steinbach von den Unions-Ministerpräsidenten Hessens und Baden-Württembergs, Roland Koch und Günther Oettinger (beide CDU).

Die Vertriebenen-Funktionärin selbst betonte, die Entscheidung über den Verbandsvertreter liege allein beim BdV. "Es geht niemanden etwas an, wen der Verband in die Gremien des Dokumentationszentrums entsendet", sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete am Samstag der Deutschen Presse-Agentur dpa. Steinbach ließ offen, ob sie selbst ins Kuratorium oder in den Beirat des Zentrums einziehen will. Zugleich betonte sie: "Ich bin die Präsidentin des

Verbandes, ich bin die Repräsentantin." Das Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung, über das schon seit Jahren gestritten wird, soll vom Bund finanziert werden. Die endgültige Entscheidung steht aber noch aus. Insbesondere in Polen und Tschechien gibt es Bedenken.

Thierse, der für die SPD die Verhandlungen über das Projekt führt, erklärte sich einverstanden, dass der BdV "jemanden" in die Gremien entsendet. "Doch das sollte eben nicht Frau Steinbach sein. Selbst die gemäßigtsten polnischen Politiker sehen Rot, wenn man den Namen erwähnt." Die SPD-Politikerin Monika Griefahn sagte der "Welt" (Samstag), wer den BdV vertrete, müsse "im Konsens" beschlossen werden.

Hessens Ministerpräsident Koch sagte dem Magazin "Der Spiegel": "Es wäre ein Treppwitz der Geschichte, wenn dieses Zentrum ohne den Bund der Vertriebenen und Frau Steinbach als bislang treibender Kraft auf den Weg gebracht würde." Auch sein Stuttgarter Amtskollege Oettinger signalisierte im "Spiegel" Unterstützung für Steinbach. Der vertriebenenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jochen-Konrad Fromme, sagte hingegen, am Streit um die Personale Steinbach dürfe das Zentrum "nicht scheitern". Später erklärte er, der Satz sei aus dem Zusammenhang gerissen worden.

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sprach sich gegen Berlin als Standort des Dokumentationszentrums aus. "Wir brauchen einen tatsächlich europäischen Erinnerungsort", sagte Künast der "Sächsischen Zeitung" (Samstag). Dafür sei die deutsche Hauptstadt als "Ausgangspunkt des Zweiten Weltkriegs" nicht geeignet. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle forderte, Polen in die Errichtung einer Gedenkstätte einzubeziehen. "Wir sollten der neuen Warschauer Regierung das Leben nicht gleich am Anfang schwerer machen", sagte Westerwelle der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

29.10.07 **Der Spiegel** **S. 23**

o.A.

Vertriebenenzentrum. CDU-Politiker stützen Steinbach

28.10.07 **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** **S. 1**

dpa

Ohne Steinbach? Streit über Vertriebenenpräsidentin

28.10.07 **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** **S. 7**

Reinhard Müller

Kopf hoch und Ohren steif, ruft der Vater noch. Das Ehepaar hat acht Kinder. Sie entkommen per Pferdewagen, dann mit dem Schiff. Die Geschichte einer Flucht

28.10.07 **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** **S. 14**

Nicolas Wolz

Ein sichtbares Zeichen

28.10.07

Die Welt

Ansgar Graw und Matthias Kamann *mit dpa*

Dokumentationszentrum: Thierse sperrt sich gegen Vertriebenen-Chefin

http://www.welt.de/politik/article1305917/Thierse_sperrt_sich_gegen_Vertriebenen-Chefin.html

Es soll ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin geben. Darauf hat sich die Koalition geeinigt. Aber gleich darauf geht der Streit zwischen Union und SPD um das richtige Gedenken weiter: Soll Erika Steinbach in das Kuratorium des Zentrums?

In der Debatte über das geplante Dokumentationszentrum zu Vertreibungen in Berlin sorgt die Rolle von Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach zunehmend für Streit. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sprach sich strikt dagegen aus, dass die CDU-Politikerin einen Sitz in den Gremien des neuen Zentrums bekommt. Im Magazin "Focus" verwies Thierse darauf, dass es gegen die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Ausland massive Vorbehalte gebe. Unterstützung erhielt Steinbach aus den Reihen der Union. Die Vertriebenen-Funktionärin selbst betonte, die Entscheidung über den Verbandsvertreter liege allein beim BdV.

Auch hier wird sich eine Lösung finden. Wahrscheinlich ein Kompromiss. Es gibt viele in der Diskussion um die Einrichtung: Als Standort ihres „Zentrums gegen Vertreibungen“ hätte die Vertriebenenchefin und CDU-Abgeordnete Erika Steinbach gern das Kronprinzenpalais an Berlins Prachtstraße Unter den Linden gesehen. Die SPD wollte das Projekt in Görlitz oder Breslau realisieren – wenn überhaupt. Die Große Koalition einigte sich jetzt auf das Berliner Deutschlandhaus, einen in Kreuzberg gelegenen Nachkriegsbau, dem aber jede Pracht abgeht.

Dort will die Bundesregierung ein „sichtbares Zeichen“ zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung realisieren. Das kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) an. Im November will sie ihr Konzept vorstellen. Fast zehn Jahre rangen Union und SPD über den Umgang mit diesem Kapitel der Zeitgeschichte. Aus Prag und vor allem Warschau wurde massiver Protest gegen die Pläne der Vertriebenen laut – „aus Tätern werden Opfer gemacht“, so der Vorwurf. Jetzt ist eine Einigung zwischen Union und SPD fast erreicht. Und dem Vernehmen nach signalisierte sogar die scheidende Kaczynski-Regierung in Polen dem zuständigen Kanzleramtsminister Bernd Neumann (CDU) zähneknirschend Einverständnis.

Voraussetzung für die Einigungen war ein ganzes Bündel an Kompromissen. So wollte Steinbach ihr Projekt dem Münchner Institut für Zeitgeschichte angliedern. Die SPD setzte auf das Bonner Haus der Geschichte. Jetzt einigte sich die Koalition darauf, das sichtbare Zeichen als „unselbstständige Stiftung“ dem Deutschen Historischen Museum in Berlin nachzuordnen.

Noch sucht das Projekt einen Namen. Steinbach und ihre Mitstreiter wie Ungarns Literaturnobelpreisträger Imre Kertész, DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck oder Kabarettist Harald Schmidt wollten im Zentrum gegen Vertreibungen neben dem erzwungenen Exodus der Ostdeutschen andere europäische Vertreibungstragödien beleuchten. Christina Weiss (SPD), Kulturstaatsministerin unter Rot-Grün, initiierte daraufhin 2005 mit Unterstützern wie der Präsidentin der Viadrina-Universität in Frankfurt/O., Gesine Schwan das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Im Koalitionsvertrag verschmolzen die Konkurrenzideen zu jenem „sichtbaren Zeichen“, das „in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk“ entstehen soll.

Dessen Realisierung vereinbarte jetzt Neumann mit Wolfgang Thierse und Monika Griefahn (beide SPD). Laut einem Vermerk steht die Vertreibung der Deutschen „in ihrem historischen Kontext“ im Zentrum. Zudem werden andere Austreibungen behandelt. Im Beirat des Projekts wird der BdV vertreten sein, hält der Vermerk fest.

Ein Kompromiss bietet sich bei der Ausgestaltung an. Im Mai 2006 sagte Neumann, das „Herzstück“ einer Dauerausstellung“ solle die auch in Polen respektierte Schau „Flucht,

Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte werden. Eine weitere Ausstellung präsentierten die Vertriebenen unter dem Titel „Erzwungene Wege“.

Beide Konzepte ergänzen sich. Das fängt mit der Größe an: Die rund 800 Quadratmeter der Bonner Schau würden zusammen mit den etwa 500 Quadratmetern der „Erzwungenen Wege“ gut auf die geplanten 2000 Quadratmeter des „sichtbaren Zeichens“ passen.

In der Bonner Ausstellung liegt der Schwerpunkt auf der Integration der Flüchtlinge. Da zum Auftakt ein „Zeittunnel“ die deutschen Vernichtungskriege gegen Polen und die UdSSR thematisiert, wird die Verbindung zwischen NS-Zeit und Vertreibung deutlich. Zu kurz kamen die Schrecken der Vertreibungen sowie der Zusammenhang mit jener „ethnischen Homogenisierung“, die spätestens seit dem Ersten Weltkrieg in ganz Osteuropa Vertreibungen auslöste. Dieser Zusammenhang wird indes in den „Erzwungenen Wegen“ deutlich.

25.10.07 Frankfurter Rundschau S. 6

Harry Nutt

Späte Erinnerung. Koalition vor Einigung über Vertriebenen-Zentrum / Opferverbände sollen mitreden dürfen

25.10.07 Frankfurter Rundschau S. 13

Harry Nutt

Gedenken auf Wiedervorlage. Eine Erinnerung an Vertreibung – die Idee stand anfangs unter Revanchismus-Verdacht. Inzwischen hat sich der ideologisch belastete Zwist gelockert. Internationale Akzeptanz ist aber auch nicht gewonnen

25.10.07 Der Tagesspiegel S. 8

Sebastian Bickerich

Wandel durch Überraschung. Die große Koalition einigt sich auf ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ – und brüskiert Polen

25.10.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 1 f.

pca

Koalition einigt sich auf Konzept zur Dokumentation der Vertreibung. Kabinettsbeschluss bis Jahresende / Thierse: Bund der Vertriebenen nicht beteiligt

25.10.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung S.1

Stean Dietrich

Nicht ohne Betroffene

24.10.07 Süddeutsche Zeitung S. 4

Constanze von Bullion

Ein würdiger Gedenkort. Geplante Erinnerungsstätte gegen Vertreibung darf nicht nur die Deutschen als Opfer zeigen

CDU und SPD wollen ein Dokumentationszentrum schaffen, das an die Vertreibungen am

Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert. Die geplante Erinnerungsstätte darf nicht nur die Deutschen als Opfer zeigen.

Die Vertreibung und die dramatische Massenflucht der Deutschen aus Schlesien, Pommern und den anderen ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches, die am Ende des Zweiten Weltkriegs Zigtausende das Leben gekostet haben, ist eine Geschichte, aus der heute spannende Spielfilme gemacht werden.

Es ist aber auch, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende, ein Thema, das ideologisch schwer befrachtet ist. Für die einen ist und bleibt die Vertreibung ein Unrecht, das unbewältigt zwischen den Deutschen und ihren osteuropäischen Nachbarn steht.

Für die anderen ist es ein Topos, den sie mit muffigen Heimatvereinen und inakzeptablen Forderungen nach einer Korrektur der europäischen Nachkriegsgrenzen verbinden. Für die Bundeskanzlerin ist das Thema hingegen eine Herzensangelegenheit. Sie hat es jetzt zur Chefsache gemacht, und das ist klug.

Beim 50. Geburtstag des Bundes der Vertriebenen hat Angela Merkel in einer mit viel Verve vorgetragenen Rede erklärt, die Bundesregierung wolle in Kürze einen Entwurf für eine Dokumentationsstätte vorlegen, die an Flucht und Vertreibung erinnert. Sie soll in Berlin ihren Platz finden, in ihrem Mittelpunkt werden die deutschen Vertriebenen stehen, aber deren Schicksal soll in einen europäischen Kontext eingebettet sein.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann soll angeblich noch vor Jahresende das Konzept präsentieren. Auf den ersten Blick sieht das so aus, als sei Merkel gelungen, was Generationen von Politikern misslungen ist: den Bund der Vertriebenen, die Union, die SPD und die Anliegen von Polen oder Tschechen unter einen Hut zu bringen. Wer genauer hinschaut, gewinnt den Eindruck, dass die Kanzlerin keineswegs plant, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen nach den Vorstellungen der Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach zu errichten.

Vielmehr ist das, was sich abzeichnet, das Ende aller Illusionen einer Gedenkstätte oder womöglich eines "Mahnmals", das federführend von der Vertriebenenlobby gestaltet wird. Die SPD macht da nicht mit, sie hat sich schon in den Koalitionsverhandlungen nach Kräften gegen die Planung einer Gedenkstätte gewehrt, die auch nur in den Verdacht geraten könnte, ein Gegenentwurf zum Berliner Holocaust-Mahnmal zu sein - oder die Deutschen nur als Opfer zu zeigen. [...]

Jetzt soll das Zeichen kommen, und es kann nicht das von Steinbach erhoffte sein. Ein Erinnerungsort der vom Bund finanziert wird und ein so sensibles Thema behandelt, ist zum Scheitern verurteilt, wenn er von einer umstrittenen Figur wie Erika Steinbach konzipiert wird.

Sie beteuert zwar stets, die Vertreibung der Deutschen in einen europäischen Kontext einzubetten. Aber viele nehmen ihr das nicht ab. Dafür hat sie sich zu oft zu missverständlich ausgedrückt. [...]

Merkel weiß das, und sie weiß auch, wie wichtig Diplomatie im europäischen Einigungsprozess ist. Wenn sie einen Ort der Erinnerung will und Frieden zwischen Deutschen und Polen, und beides will sie zweifellos, wird sie den Bund der Vertriebenen dahin rücken müssen, wo er hingehört. Aus dem Zentrum der Debatte an ihren Rand.

Es ist eine zukunftsweisende Idee, das Konzept von einem Kreis internationaler Wissenschaftler erarbeiten zu lassen. Es ist aber auch nötig, die deutschen Heimatvertriebenen einzubeziehen - nicht als Planer, sondern als Berater.

Ohne persönliche Erinnerungen, ohne die Wucht der Emotion wird die Geschichte der Vertreibung nicht wieder lebendig. Es ist eine Geschichte, die erzählen werden sollte - aber ohne Angst vor unbequemen Wahrheiten und ohne ideologische Voreingenommenheit.

24.10.07 **Der Tagesspiegel** **S. 4**
Tsp/AP

Konzept für Vertriebenen-Zentrum steht. Gedenkort im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof soll vollständig vom Bund finanziert werden

24.10.07 **Frankfurter Allgemeine Zeitung** **S. 4**
pca
SPD: Erinnerung im Kontext Europas

23.10.07 **Süddeutsche Zeitung**
Constanze von Bullion

Merkel befürwortet Gedenkstätte für Vertriebene. Trotz anhaltender Kritik hat Bundeskanzlerin Angela Merkel sich klar zur Errichtung einer Dokumentationsstätte zum Schicksal der Vertriebenen in Berlin bekannt. In Kürze werde sie ein Konzept vorlegen

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/501/139212>

23.10.07 **Frankfurter Allgemeine Zeitung** **S. 1**
wus

Merkel: Vertreibung Teil unserer Identität

23.10.07 **Der Tagesspiegel** **S. 4**
Sebastian Bickerich

Merkel will „Zentrum gegen Vertreibungen“. 50 Jahre Bund der Vertriebenen: Die Kanzlerin kündigt neues Konzept an – und will Polen ins Boot holen

22.10.07 **Frankfurter Allgemeine Zeitung**
Stefan Dietrich

Tor der Erinnerung

<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E5DA61391F0534917B373C658434D5CF4~ATpl~Ecommon~Scontent.html>